

UNTERWALLIS

2300 haben unterschrieben

SITTEN | Georges Delaloye, Initiator der Petition «Finger weg von den Zebrastrassen» hat gestern 2300 Unterschriften für seine Petition ausgehändigt. Grossratspräsident Grégoire Dussex hat sie stellvertretend für Jean-Michel Cina entgegengenommen. Die Petition fordert die Beibehaltung von bestehenden und die Wiedereinführung von ausgemusterten Zebrastrassen und Fussgängerübergängen. Im Rahmen von Via Secura sind auch im Wallis alle Fussgängerübergänge einer Analyse unterzogen worden. Von den insgesamt 1760 aktuellen Zebrastrassen und Fussgängerübergängen genügen satte 660 den neuen Anforderungen nicht mehr. Viele sind bereits gestrichen worden. Was vielerorts für breiten Unmut in der Bevölkerung sorgt.

Skiumfall

VERBIER | Gestern gegen 12.30 Uhr ereignete sich im Skigebiet von Verbier ein Unfall. Eine Skifahrerin erlag ihren schweren Verletzungen. Die Skifahrerin befand sich auf der Piste La Chaux, als sie gegen ein Absperrseil bei der Talstation des Sessellifts «La Chaux 2» fuhr. Schwer verletzt wurde die 24-jährige italienische Staatsangehörige mit einem Helikopter ins Spital nach Sitten transportiert, wo sie ihren schweren Verletzungen erlag. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Neues Zentrum

VENTHÔNE | Die Gemeinde Venthône will ein neues Sozialmedizinisches Zentrum bauen. Das Projekt soll rund 12,1 Millionen Franken kosten. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, musste die Urversammlung vorgängig dem Kauf der dafür vorgesehenen Parzelle zustimmen. Mit 95 Ja- und nur einer Nein-Stimme wurde das Vorhaben angenommen. Das Projekt sieht in den Obergeschossen die Bettenabteilung vor, im Erdgeschoss sollen Geschäftslokalitäten vermietet werden. Die Gemeinde lässt sich das Sozialmedizinische Zentrum 5,4 Millionen Franken kosten. Für eine Gemeinde mit einem Cashflow von rund einer Million Franken bedeutet dieses Projekt eine sehr grosse Investition.

Rücktritt

MONTHEY | Nach 14 Jahren an der Spitze des Zivilschutzes der Stadtgemeinde Monthey tritt Marie-Claude Ecceur auf den 30. Juni 2015 zurück. Marie-Claude Ecceur war damals als erste Frau in der Schweiz mit der Führung eines Zivilschutzkorps einer Stadt beauftragt worden. Nun wird sie neue Sicherheitschefin der chemischen Industrie in Monthey.

Politik | CVPO-Fraktionschef Beat Rieder über Budget, R21, Steueramnestie und Tourismusfonds**«Das ist Rosinenpickerei»**

Den Tourismusfonds erhielt die CVPO gegen den Willen von CVPO-Staatsrat Jean-Michel Cina.
«Er musste natürlich die Position der Gesamtregierung vertreten. Er wird aber sicher zufrieden sein, dass die letzte Etappe zustande kam.»

Das heisst?

«Man darf diesen Fonds nicht isoliert betrachten. Die CVPO machte diese Forderungen schon vor fünf, sechs Jahren. Heute gibt es ein neues Tourismusgesetz, darin ist ein Fonds festgeschrieben. Wir arbeiten an einem Gesetz für die Bergbahnen, auch aufgrund einer Motion der CVPO. Der letzte Schritt ist nun, dass man den Fonds alimentiert.»

Bevor er anders gebraucht wird?

«Es war eine der letzten Chancen. Ich will nicht gegen ein Projekt wie den ETH Campus reden, aber realwirtschaftlich hat man aus dem Infrastrukturfonds des 21. Jahrhunderts bisher kein Geld eingesetzt. Der Tourismus ist eine der Branchen, die dringend Hilfe brauchen.»

Staatliche Gelder für den Tourismus sind umstritten.
«Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Tourismus ein liberaler Markt ist. In allen umliegenden Kantonen und im Ausland werden Milliarden und im Tourismus investiert. Wenn wir nichts machen, haben wir keine Chance.»

Wer soll unterstützt werden?

«Es gibt kein Giesskannenprinzip. Es geht nicht um Gebiete, sondern um Sektoren. Dazu gehören die Bergbahnen und natürlich auch die Hotellerie.»

Die Branchenverbände sind also auch gefordert.

«Natürlich. Die Fixpunkte müssen die Verbände setzen, die Branchenkenner. Das ist nicht Aufgabe der Politik. Aber die Politik hat es bisher versäumt, Geld zur Verfügung zu stellen. Die zweite Illusion ist, dass man ohne massive Investitionen Tourismus machen kann. Thema ist die Unterstützung der wichtigsten Leistungsträger im Wallis. Allein schon das wird Hunderte von Millionen Franken kosten. Man muss Geld in die Hand nehmen.»

Geld wird bereits 2015 zur Verfügung stehen?

«Der Auftrag an die Regierung ist klar. Man muss den Fonds aufrufen. Die Regierung hätte ja sonst mit dem NRP-Projekt ein

Problem. Das Programm beginnt 2016. Wir Walliser jammern lieber, statt selber auch Geld in die Hand zu nehmen. Hier müssen wir es tun, sonst kommt kein Geld aus Bern.»

Beim Budget ist man kaum vom Vorschlag der Regierung abgewichen.

«Was sich markant bewegt hat, kam von der CVPO. Das sind die Steueramnestie, der Beschluss, dass allfällige Nationalbankgewinne zur Defizitdeckung verwendet werden und der Tourismusfonds. Der Rest waren Kleinigkeiten. Gerade die Steueramnestie wird den Kantonsfinanzen guttun.»

Man hätte auch bei der Besteuerung der Zweitwohnungen entgegenkommen können.

«Die Belastung der Zweitwohnungen erfolgt auf Gemeindeebene. Da gibt es ja gesetzliche Möglichkeiten. Das Geld ist mir lieber in den Kassen der Zweitwohnungsgemeinden als beim Kanton. Diese Gemeinden haben auch die Lasten. Gemeinden tun dies ja jetzt, stossen aber auf grossen Widerstand.»

Bald haben wir Halbzeit bei der Legislatur. Ihre Bilanz?

«Das Parlament ist unsicher. Es gibt immer neue Koalitionen und immer andere Mehrheiten. Die Linksallianz und die SVP sind keine verlässlichen Regierungspartner. Dass die Radikalen Opposition machen, ist nachvollziehbar. Für uns wäre es einfacher, wenn wir Regierungspartner hätten, die auch in kritischen Situationen zur Regierung halten, auch wenn eben wie in der Budgetdebatte nicht alle Anträge durchgehen. Wir sind gewählte Grossräte, um dem Kanton Wallis ein funktionsfähiges Staatswesen zu garantieren, nicht um ein Chaos zu hinterlassen.»

«Wir müssen sparen, weil es so in der Verfassung steht»**Was bleibt oder wie werden die Affären Giroud oder Cleusix enden?**

«Es sind vor allem juristische Flops. Der letzte war die Nomination des ausserordentlichen Staatsanwalts Dick Marty. Das ist unglaublich. Ich war am Freitag geschockt. Niemand hat auf das Schreiben Riand reagiert. Da macht einer eine Strafanzeige, merkt, dass es teuer werden

könnte und zieht sich dann als Zivilkläger zurück. Man kann ihm also keine Lasten auferlegen. Die Kosten gehen jetzt zu Lasten des Kantons. Das wird in Zukunft zu einer Kostenexplosion führen. Man hat einfach ein Reglement ausgehebelt. Da geht in Zukunft auch niemand mehr für 200 Franken in eine ausserparlamentarische Kommission. Das ist vorbei.»

Die CVPO hat auch die Suspendierung von Cleusix gefordert. Ebenfalls erfolglos.

«Wenn ein Chefbeamter seine Untergebenen mit einer privaten Mission beauftragt, dann ist das Bananenrepublik. Dieser Chefbeamte muss weg. Er ist politisch untragbar. Man wird aber auch diese Affäre aussitzen. Parlament und Regierung wollen ja keine harten Massnahmen treffen.»

Kommt PAS II 2015?

«Ich hoffe es. Denn die Ertragsseite budgetierter Staatsrat zu positiv für die nächsten Jahre. Es wird Rückgänge geben.»

Also reichen in Zukunft Sparpakete von 30 Millionen Franken nicht mehr?

«Es könnten mehr Millionen sein. PAS II soll ja eine Strukturreform bringen. Beim NFA II hat man die Aufgaben und Pflichten von Kanton und Gemeinden neu definiert. Es kann aber nicht sein, dass die Personal- und Ausgabenstrukturen des Kantons gleich bleiben. Da muss man über die Bücher. Da muss die Regierung in den «Slot», also da hingehen, wo es wehtut. Die Regierung beziffert das strukturelle Defizit ja selber auf 100 bis 150 Millionen Franken. Das muss man erst wegbringen. Wir müssen sparen, weil es so in der Verfassung steht.»

Wobei man jetzt die doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse, was den Defizitabbau angeht, auch nur halberzig anwendete.
«Es ging nicht anders.»

Man hätte ja die Investitionen reduzieren können.

«Das wollten nicht einmal die Radikalen. Sie sind auch daran interessiert, dass man die laufende Rechnung schlanker macht.»

Aber eine Tilgung über mehrere Jahre entspricht nicht der Verfassung.

«Wir haben eine sehr liberale Auslegung der Verfassung... Darum haben wir ja gefordert, dass man allfällige Nationalbankgelder für die Tilgung der Schulden braucht.»



«Das Parlament ist unsicher.» CVPO-Fraktionschef Beat Rieder zieht eine kritische Bilanz nach knapp zwei Jahren Legislatur. FOTO: WBS

Bei der Verfassungsreform R21 droht der CVP 2015 eine Niederlage.

«Die CVPO hat alles probiert. Aber ich stelle fest, dass wir im Oberwallis ganz, ganz wenige Verbündete haben. Die Linksallianz, die SVP und die Radikalen haben nur ein Ziel: Sie wollen die Macht der CVP Wallis beenden, koste es, was es wolle. Wenn die Wahlsysteme für das Parlament und die Regierung so umgesetzt werden wie in der ersten Kommission, wird das Oberwallis unter die Räder geraten. So erhalten wir keine vernünftige und moderne Verfassung, sicher keine Verfassung für das 21. Jahrhundert. Eine Verfassungsrevision darf nicht ein politischer Kleinkrieg der Parteien sein. Das ist Rosinenpickerei.»

2015 sind auch nationale Wahlen. Sie wollen für den Ständerat kandidieren.

«Die CVPO wird am 4. Februar 2015 an ihrer Versammlung entscheiden. Mehr gibt es dazu momentan nicht zu sagen.»

Alle Parteien im Wallis wollen den achten Nationalratsratssitz holen. Wer macht das Rennen?

«Nationale Wahlen sind für die CVP Wallis schwierig. Schweizerisch lief es in den letzten Jahren sicher nicht allzu gut. Im Wallis treten mit Freysinger, Rossini und Darbellay drei Zugpferde von drei Parteien nicht mehr für den Nationalrat an. Die CVP muss Kampfgeist zeigen und den vierten Sitz anstreben. Mit Zuschauern gewinnt man nichts.»

Interview: Herold Bieler

«Gentiane»-Besitzer ziehen vors Bundesgericht

Der seit zwei Jahren schwelende Rechtsstreit zwischen dem Schweizerischen Eringerzuchtverband und den Besitzern der Eringerkühe «Gentiane» und «Schakira» geht in eine neue Runde. Die «Gentiane»-Besitzer ziehen den Fall weiter.

www.1815.ch/schakira

Therapiemöglichkeiten gegen Haarausfall

Zumindest bei Frauen stellt die Haarpracht auf dem Schopf seit jeher ein Symbol von Gesundheit und Kraft dar. Aber auch bei Männern gilt volles Haar als Zeichen für Wohlbefinden. Dabei gibt es Möglichkeiten, Haarausfall entgegenzuwirken.

www.1815.ch/haarausfall

Heute auf **1815.ch**